V. b. b. Zeitung vom Verleger versendet
„Journal éxpedite par l'éditeur

2. Jahrgang • Nr. 51 • Preis 25 Groschen

Der Judenstaat

zionistisch-revisionistisches Organ **Erscheint wöchentlich**

Abonnement-Preis: Österreich: vierteljährig S 2·90, halbjährig S 5·50, ganzjährig S 10·- / Deutschland: vierteljährig RM. 2·- / Polen: vierteljährig Zl. 3·50
Jugoslavien: vierteljährig Din. 40·- / Rumänien: vierteljährig Lei 100·- / C.S.R. vierteljährig Kc. 15·— / Schweiz und übrige Länder: vierteljährig Schw. Frc. 2·90
Postsparkassen-Konti.: Österreich B-11.035, • C. S. R. 501.540, • Polen Dr. Aron Goldin 27.765, • Jugoslavien Rudolf Heller, Osijek 36.843

Wien, Freitag, den 27. April 1934
ווינה, יום ו׳ י״ב אייר תרצ״ד

Redaktion und Administration: **Wien, I., Adlergasse 4** (Griecheng. 3) • **Telephon R-23-0-04**

Vladimir Jabotinsky:

Nur nicht nervös sein!

Ab und zu bemächtigt sich der Juden ohne triftigen Grund Trauer und Mißstimmung. Gründe, traurig zu sein, haben wir zwar in Fülle, aber hier handelt es sich um jene Fälle, wo solche nicht vorliegen. Zum Beispiel der Arlosoroff-Mordprozeß.

Der Beschluß, die Prozeßverhandlungen von Jaffa nach Jerusalem zu verlegen, ist in der Tat eine große und grobe Ungerechtigkeit. Es werden in der Hauptsache zwei Erwägungen für diese Maßnahme ins Treffen geführt: zunächst könne man im Jaffaer Gefängnis die Gefangenen nicht richtig bewachen, ferner seien die erregten Gemüter in Tel-Awiw zu fürchten. Wenn das die wirklichen Gründe sind, so sind sie beide faul. Ueber den ersteren auch nur ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Was die Erregung der Gemüter oder die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Revisionisten und Linken betrifft, so weiß ganz Palästina genau, daß eine solche Gefahr heute viel weniger besteht als in den ersten Monaten nach dem Mord. Damals glaubten viele Linke wirklich, daß Stavsky und Rosenblatt Arlosoroff ermordet haben auf Geheiß Achi Meirs. Das glaubte auch ein großer Teil des Jischuw. Heute ist der Jischuw nicht nur von der Unschuld der drei Juden überzeugt, sondern sogar davon, daß jene zwei Araber, Abdul Meedjid und Issa Derwisch, die Mörder sind. Auch unter den Linken ist diese Ueberzeugung weit verbreitet. Die „Kriegslust", die in den ersten Monaten sehr stark war, ist heute nahezu verschwunden. Nun, gerade damals, als die Kriegslust so stark war, wurde gerade in Jaffa eine unendlich lange öffentliche Untersuchung geführt; jede Woche gab es eine neue Sensation — aber Zusammenstöße, die mit dem Prozeß im Zusammenhang gestanden wären, gab es nicht. Warum sollte es heute welche geben, da die Gemüter viel ruhiger sind?

Es gibt nur dann einen juridisch gerechtfertigten Grund zur Ueberführung eines Prozesses in eine andere Stadt, wenn man befürchtet, daß der erregte Zustand die Geschwornen beeinflussen könne, d. h. wenn man einfach befürchtet, daß die Geschwornen nicht unparteiisch seien, das sie von außen her beeinflußt sein werden. In Palästina gibt es aber keine Institution geschworener Volksrichter. Alle Richter sind nur Beamte, und die entscheidende Rolle fällt den britischen Mitgliedern des Gerichtes zu. Die einzige Partei, die wirken kann, ist die Regierung und die Polizei. Und dieser „Einfluß" ist gewiß stärker gerade in Jerusalem. Sollte am Ende das der Grund des Ortswechsels sein? So wird es wenigstens der ganze Jischuw annehmen müssen.

Ungerecht ist es. Eine Absicht, welche immer es auch sei, besteht, und ohne jeden Zweifel eine böse. Sie ist aber ohnmächtig, wird nichts nützen. Die jüdische Welt braucht nicht übermäßig nervös zu sein. Der Prozeß ist für die Anklage von vornherein hoffnungslos verloren!

Der politische Sensationsprozeß in Jerusalem

Vor sensationellen Enthüllungen.

Tel-Awiw, 23. April. (Telegramm des „Judenstaat".) Ganz Palästina steht unter dem Eindruck des Prozesses, der in Jerusalem heute beginnt. Die Voranmeldungen für Gastkarten sind ungeheuer an Zahl. Zunächst sind die in- und ausländischen Blätter mit Karten beteilt worden. Alles aber, was Rang und Namen hat, will anwesend sein.

Man rechnet damit, daß die Verteidigung vor dem ordentlichen Gericht mit jenem sensationellen Material herausrücken wird, das sie dem Friedensgericht nicht hat präsentieren wollen. In manchen Kreisen ist man der Ansicht, daß dieses Material geeignet ist, dem Prozeß ein vorzeitiges Ende zu bereiten. Es handelt sich da sowohl um Zeugen, die noch nicht vernommen wurden, als auch um Schriftstücke, die mitunter offiziellen Charakters sind. Insbesondere die letzteren sollen Dinge zutage fördern können, welche die vorbedachte Tendenz, die Untersuchung in die nun eingeschlagene Richtung zu lenken, sie auf diese zwangsläufig festzulegen, nachweisen. Kurz, man macht sich auf einen schweren, abwechslungsreichen Kampf gefaßt, der Palästina und die jüdische Welt, aber auch die beobachtenden, an Palästina interessierten nichtjüdischen politischen Kreise der Außenwelt in Atem halten wird.

Die drei Verhafteten erhalten täglich Hunderte von Begrüßungs- und Aufmunterungstelegrammen aus allen Teilen der Erde.

* * *

Jerusalem, 22. April. Der Prozeß beginnt am 23. April in Jerusalem. Die Anklageschrift wurde am 18. April den Angeklagten Abraham Stavsky, Zwi Rosenblatt und Abba Achi-Meir zugestellt. Die Anklage lautet auf vorbedachten Mord an Dr. Chaim Arlosoroff und gründet sich auf Artikel 117 des ottomanischen Strafgesetzbuches. Von der Staatsanwaltschaft werden in dem Prozeß 45, von der Verteidigung 79 Zeugen geführt. Man rechnet mit einer zweimonatigen Dauer.

Für uns erscheint dieser Prozeß nicht als der gegen drei angeklagte Juden, sondern als umfassendes Staatsexamen der englischen Justiz in Palästina. Eine Polizei hat eine Anklage eingebracht, die nicht Hand und Fuß hat. In jedem Lande, ausnahmslos — in England, Polen, Frankreich, Abessinien, in Deutschland sogar (der Leipziger Prozeß ist noch unvergessen), hätte jedes Gericht eine solche Anklage zurückgewiesen. Jetzt blickt die Welt auf Jerusalem und will sehen, wie sich in einem solchen Fall — in einem Streit zwischen der Gerechtigkeit auf der einen Seite und dem Prestige einer Polizei auf der anderen — das englische Gericht in einem Mandatsstaat verhält. Werden die Richter als Richter fungieren oder...? Es ist ein Examen für die Richter.

Aber ein leichtes Examen. Es ist dies nicht einer jener verwickelten Prozesse, wo wichtige Beweise sowohl auf der einen Seite, als auch auf der anderen vorliegen, wo sich der Richter also auf sein inneres Gefühl verlassen muß, und wo, wenn er einen Irrtum begeht (bewußt sogar), dieser immerhin als entschuldbar hingestellt werden kann. Hier aber gibt es keine Ausreden. Das Examen kann hier mit einer Schulprüfung verglichen werden, wo der Lehrer den Schüler fragt: Ist es wahr, daß 2 × 2 eine Stearinkerze ist? Hier kann man nicht durchfallen, hier ist kein Raum für Irrtümer. Hier müssen die Richter, mögen sie noch so sehr das Prestige einer Polizei retten wollen, ihr eigenes Prestige retten.

Ich will die jüdische Welt warnen: nicht übertreiben. Ich bin gewiß kein Bewunderer der Engländer, und gerade mit ihren Richtern habe ich selbst Erfahrungen, die ihnen, den Richtern, nicht besonders zur Ehre gereichen. Deshalb habe ich heute vielleicht das Recht, zu sagen: Uebertreibet nicht, redet euch nicht ein, daß englische Richter imstande sind, sich in gedungene Henker zu verwandeln, die ein Urteil gegen ihr Gewissen sprechen. Das ist nicht wahr. In Jaffa oder in Jerusalem, sie werden nach ihrem Gewissen urteilen, und die drei Gefangenen Zions werden frei das Gericht verlassen — und mit der Polizei werden wir in London abrechnen!

Die Ungerechtigkeit bleibt Ungerechtigkeit. Das Hauptresultat des Ortswechsels wird in einer kolossalen Verteuerung des Prozesses, zumindest für die Angeklagten, bestehen. Zwei der Advokaten werden jetzt sich entweder von der Führung des Prozesses lossagen oder nach Jerusalem übersiedeln müssen, wer weiß, für wieviel Monate, wobei sie ihren Erwerb in Tel-Awiw verlieren. Da sie den Prozeß nicht verlassen dürfen, weil sie ja die rechte und linke Hand des Advokaten Horace Samuel sind, jede Einzelheit von Grund auf kennen, Hebräisch, Jiddisch und Arabisch beherrschen, werden sie übersiedeln müssen. Was das kostet, ist gar nicht vorstellbar.

Auf diese Seite der Angelegenheit will ich die Aufmerksamkeit der Juden lenken. Die jüdischen Massen haben auf meinen und Sliosbergs Aufruf lebhaft reagiert. Ein großer Teil jener 1500 Pfund, die damals benötigt wurden, ist schon gedeckt. Jetzt aber braucht man wahrscheinlich doppelt soviel. Ich bin beruhigt. Meine Brüder, die kleinen, armen Leute, werden sich nicht besiegen lassen. Juden, verdoppelt den Fonds für die Gefangenen Zions!

Kampf um den Verhandlungsort.

Ueber die Wahl des Verhandlungsortes bestanden tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Staatsanwalt und Verteidigung. In einem vom Staatsanwalt unterstützten Schriftsatz hat der Kommandant der Palästinapolizei, Major Spicer, die Verlegung des Prozesses nach Jerusalem mit der Begründung beantragt, daß das Jaffaer Gefängnis keine Gewähr für die sichere Verwahrung der Gefangenen biete, und daß ferner die Verlegung nach Jerusalem mit Rücksicht auf die derzeit herrschende erbitterte Feindschaft zwischen Revisionisten und Arbeiterparteilern, die zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen könne, geboten sei.

In einer Gegeneingabe erhob der Verteidiger Horace Samuel schärfsten Einspruch gegen die Verlegung des Prozesses nach Jerusalem. Er machte geltend, daß hiedurch die Arbeit der Verteidigung in ihrer Kontinuität gestört und vollkommen desorganisiert werden würde. Samuel unterbreitete dem Obersten Gericht Erklärungen des Bürgermeisters von Tel-Awiw, Dizengoff, und des Vizebürgermeisters Rokach, die die Garantie für die öffentliche Sicherheit in Tel-Awiw, falls der Prozeß in Jaffa stattfände, übernehmen.

Das Oberste Gericht schloß sich den Argumenten der Staatsanwaltschaft und der Polizei an und delegierte das Jerusalemer Geschworenengericht zur Führung des Prozesses.

In fünf Wochen zu Ende?

Jerusalem, 23. April. Das Jerusalemer Geschworenengericht, vor dem der Prozeß gegen Stavsky, Rosenblatt und Achi-Meir im Zusammenhang mit dem Arlosoroff-Mord verhandelt wird, hat beschlossen, an fünf Tagen der Woche zu verhandeln, und zwar vormittags und nachmittags. Das Gericht hofft, auf diese Weise den Prozeß innerhalb von fünf Wochen zum Abschluß bringen zu können.

Einwanderungspraxis hemmt Wirtschaft

Leere Ausreden

Jerusalem, 24. April. Der gegenwärtig in Palästina weilende Leiter des Palästina-Amtes in Riga und Mitglied des lettischen Sejm, Rabbiner M. Nurok, wurde vom High Commissioner Sir Arthur Wauchope in längerer Audienz empfangen. Auf eine Reihe von Beschwerden, betreffend die Handhabung der Einwanderungsvorschriften durch die Palästinabehörden, die von Rabbiner Nurok dem High Commissioner vorgetragen wurden, erklärte dieser, das Einwanderungsdepartement der Palästinaregierung werde derzeit reorganisiert, wobei darauf Bedacht genommen werde, daß künftighin Gesuche um Einwanderung schneller erledigt werden sollen als bisher.

Rabbiner Nurok hatte den High Commissioner darauf aufmerksam gemacht, daß in der jüdischen Bevölkerung aller

Länder starke Beunruhigung angesichts der Schwierigkeiten, die auch legal nach Palästina Einwandernden gemacht würden, entstanden sei. Es seien Fälle vorgekommen, daß Kapitalisten, die neue Arbeitsgelegenheiten in Palästina schaffen wollen, ein volles Jahr auf die Zuteilung eines Einreisezertifikates warten mußten. So habe ein Rigaer Schokoladenfabrikant, der in Palästina einen Betrieb errichtete, außerordentlich lange auf die Erlaubnis warten müssen, die erforderlichen Spezialarbeiter nach Palästina bringen zu dürfen, und habe schließlich einige Zertifikate beim Rigaer Palästina-Amt leihen müssen; hätte er dies nicht getan, dann stünde die Fabrik heute noch nicht in Betrieb. Ebenso arg seien die Schwierigkeiten, die man der Palästina-Touristik bereite. Personen, deren Absicht, nur vorübergehend nach Palästina zu kommen, über allem Zweifel steht, stoßen auf so langwierige formelle Schwierigkeiten, daß sie schließlich ihren Reiseplan ändern und lieber nach Italien oder in die Schweiz fahren. Auf diese Weise gingen Palästina bedeutende Einnahmen verloren. Angehörige der Handwerker- und Kleinhändlerklasse, für die die Möglichkeit der Einwanderung bei Nachweis eines Eigenvermögens von mindestens 250 Pfund grundsätzlich besteht, müßten in letzter Zeit den Gedanken an Einwanderung überhaupt aufgeben, da ihre Gesuche unbeantwortet blieben. Die gleiche Behandlung werde Angehörigen bereits in Palästina ansässiger Personen zuteil.

Der High Commissioner wies darauf hin, daß die Einwanderung dauernd verstärkt werde und im letzten Jahre schon auf 40.000 Personen gestiegen sei.

Palästinaregierung, jüdische Jugendliche aus Deutschland und die fügsame Jewish Agency

Jerusalem. Die Palästina-Regierung hat der Exekutive der Jewish Agency bekannt gegeben, daß sie für alle durch die Jewish Agency nach Palästina gebrachten Jugendlichen aus Deutschland eine vom Schatzmeister der Agency unterzeichnete schriftliche Erklärung, daß der betreffende Jugendliche niemandem im Lande zur Last fallen werde, verlangen wird. Für jeden Jugendlichen im Alter von 15 Jahren wird von der Jewish Agency eine schriftliche Garantie in der Höhe von 144 palästinensischen Pfund gefordert; für 16 jährige beträgt die Garantie bloß 96, für 17jährige 48 Pfund.

Um der Forderung der Palästinaregierung entsprechen zu können, ist die Jewish Agency genötigt, für jeden Jugendlichen die Erlegung einer 36 Pfund betragenden Sicherstellung auf den Namen der Jewish Agency bei einer palästinensischen Bank zu verlangen. Von diesem Betrag können von Zeit zu Zeit Abhebungen zur Deckung von Auslagen für den betreffenden Jugendlichen vorgenommen werden.

Die Jewish Agency bringt vorläufig nur solche Jugendliche nach Palästina, die nicht jünger als 15 und nicht älter als 17 Jahre sind. 18jährige und ältere Jugendliche können nach Palästina nur auf Grund der gewöhnlichen Einwanderungs-Zertifikate oder als Studenten mittels besonderer Studenten-Visen einreisen.

Palästina-Einwanderer im Hungerstreik

Jerusalem. Wie „Doar Hajom" berichtet, sind im Gefängnis von Jerusalem acht Juden, die als „illegal" Eingewanderte festgenommen worden sind, seit drei Tagen im Hungerstreik. Die Verhafteten verlangen, freigelassen oder deportiert zu werden.

Zentralrat der Agudas Jisroel

Warschau Der Präsident des Zentralrates der Weltorganisation Agudas Jisroel, Oberrabbiner Aron Lewin, Rzeszow, hat den Zentralrat zu einer Tagung für den 28. bis 30. Mai d. J. (14. bis 16. Siwan) nach Warschau einberufen.

So etwas gibt es noch

Preßburg. Der Zentralexekutivausschuß des Verbandes slovakischer Juden beschloß in seiner letzten Sitzung, im Rahmen des Verbandes eine Auslandsaktion zu errichten, deren Aufgabe es sein wird, eine enge Zusammenarbeit mit den Assimilationskreisen des Judentums in den heute zugänglichen slavischen Staaten, d. i. in Jugoslavien, Polen und Bulgarien zu suchen. Mit der Durchführung dieser Arbeiten wurde der Verbandsobmann Primarius Dr. Hugo Roth betraut.

Nationale Gewerkschaft:

Der historische Auftakt

(Von unserem Korrespondenten.)

Jerusalem, 15. April. Solche Tage der Begeisterung und freudig-feierlicher Stimmung, wie es die Tage um die Gründungskonferenz der nationalen Arbeiterorganisation waren, hatte der Jischuw seit Jahren nicht mehr zu verzeichnen gehabt. Nicht nur die Revisionisten, auch der neutrale Teil des jüdischen Palästina war sich des geschichtlichen Ereignisses bewußt, das sich da vollzog. Der Jerusalemer „Eden"-Saal war am 9. April abends zum Brechen voll. Vertreter aller Schichten der jüdischen Bevölkerung Palästinas gaben dem Bild der Eröffnungssitzung das Gepräge: Arbeiter und Menschen mit geistigen Berufen saßen neben Orthodoxen und Jemeniten, Bergjuden neben Schriftstellern und Industriellen — kurz, eine geeinte Front des ganzen Judentums im kleinen. Besonderes Interesse zeigte die Presse, die vollzählig erschienen war. Als Mitglieder des Heilton Betar in voller Uniform den Saal betraten, wurden sie von der tausendköpfigen Menge mit stürmischen Ovationen empfangen zum Zeichen der Sympathie für den Welt-Betar.

Eröffnet wurde die Konferenz vom bekannten revisionistischen Arbeiterführer, dem Sekretär der Irgun Hazohar Ubetar, Akiba Braun, der in einer kurzen Ansprache den Sinn der nationalen Arbeiterorganisation klarlegte und die anwesenden Delegierten und Gäste begrüßte. Ins Präsidium der Konferenz wurden außer den revisionistischen Vertretern auch vier Mitglieder der anderen Parteien, die der nationalen Arbeitergewerkschaft beigetreten sind, gewählt, und zwar: der Jerusalemer Lehrer Jakobi, das gewesene Mitglied des Jerusalemer Arbeiterrates Nachman Druß, eine bekannte Persönlichkeit aus Tel-Awiw, als Vertreter der religiösen Arbeiter der Führer des „Hapoël Hamisrachi", in Transsylvanien Sahawi und das Mitglied der Jemeniten-Gruppe Feinbrauk. Die Großmannisten nahmen an den Wahlen zur Konferenz als „unparteiische Liste" teil; die „Judenstaatspartei" als solche stand abseits, nahm an den Wahlen offiziell nicht teil, sandte aber der Eröffnungsfeier ein herzliches Begrüßungsschreiben.

Prof. Josef Klausner konnte krankheitshalber der Eröffnungsfeier nicht beiwohnen. Er drückte auf schriftlichem Wege seine Genugtuung über das Zustandekommen der Konferenz und seine innigsten Wünsche für deren Gelingen aus. Begrüßungsschreiben waren ferner vom Tel-Awiwer Bürgermeister Dizengoff, vom Merkaz Baalej-Taassijah, von den „Bnej Benjamin" u. a. eingetroffen. Das Begrüßungsschreiben Vladimir Jabotinskys rief schier endlose Ovationen hervor.

Aus dem Ausland, und zwar von allen Teilen der Erde, waren nicht weniger als hundert Begrüßungstelegramme eingelangt.

Die Eröffnungsfeier schloß mit der Annahme einer Entschließung, dem Präsidenten der Weltunion der Zionisten-Revisionisten Vladimir Jabotinsky und den verhafteten Revisionisten Achi Mëir, Stavsky und Rosenblatt Begrüßungstelegramme im Namen der Konferenz zu schicken.

Der zweite Tag der Konferenz war den sachlichen Beratungen gewidmet. Es wurden eine Reihe programmatische und den Organisationsfragen gewidmete Referate gehalten. Zum Schluß wurde ein Exekutivkomitee der nationalen Arbeiterorganisation gewählt und nachstehende Resolution angenommen:

„Die professionellen Arbeiter, Parteien und Strömungen, die ihre Delegierten zu dieser Konferenz entsendet haben, beschließen, von nun ab und künftighin in der neuen Körperschaft, die den Namen „Histadruth haowdim leumith beerez Jisrael" (nationale Arbeiterorganisation Palästinas) trägt, vereinigt zu bleiben."

Unter Absingung nationaler Hymnen und dem Schwur der Treue zum judenstaatlerischen Befreiungsideal schloß die Gründungsversammlung, über die nächstens mehr berichtet werden soll.

Palästina vor dem Unterhaus

Ein wertvolles Eingeständnis

London. Im Unterhaus richtete der Abgeordnete Joel an den Kolonienminister die Frage, ob er mitteilen könne, aus welchen Gründen den arabischen religiösen Gerichten in Palästina, nicht aber den Rabbinischen Gerichten und den religiösen Gerichten anderer Religionsgemeinschaften dieses Mandatsgebietes finanzielle Beihilfen gewährt werden und ob der Minister angesichts der Tatsache, daß die Angehörigen aller Religionsgemeinschaften zu den Staatseinkünften in Palästina beitragen, der Meinung sei, daß der gegenwärtige Zustand den bestehenden Bedingungen angemessen ist.

In schriftlicher Beantwortung dieser Anfrage erklärte der Kolonienminister Sir Philip Cunlife-Lister: Zur Zeit der Besetzung Palästinas durch England bildeten die mohammedanischen religiösen Gerichte einen Bestandteil des Gerichtssystems des Landes; dieser Zustand wurde aufrechterhalten, die Ausgaben für sie werden aus öffentlichen Mitteln getragen und ihre Einkünfte den öffentlichen Fonds zugeführt. Zur Zeit des türkischen Regimes wurden die Rabbinischen Gerichte und die religiösen Gerichte der christlichen Kirchen trotz öffentlicher Anerkennung nicht vom Staat erhalten; diese Verhältnisse blieben unter britischer Verwaltung bestehen. Gegenwärtig ist eine Korrespondenz mit dem High Commissioner für Palästina im Gange betreffend das Ansuchen des Rates der Jüdischen Gemeinschaft (Waad Leumi) um Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Rabbinischen Gerichte. Ich werde diesem Gegenstand volle Aufmerksamkeit schenken, sobald die endgiltigen Vorschläge des High Commissioner in dieser Sache vorliegen werden.

*

Also: Es ist nichts geschehen in Palästina, keine Balfour-Deklaration, kein Völkerbundmandat, kein Jüdischen Nationalheim. Die türkischen Verhältnisse »bleiben unter britischer Verwaltung bestehen«, sagt der Kolonienminister. Einfach und klar. Die Aufregung der Juden ist ja höchst deplaciert.

Sorge um den Tiberias-See

London. In einer vom Abgeordneten Lockie im Unterhaus an den Kolonialminister gerichteten Anfrage wird darauf hingewiesen, daß bei Verwendung des Tiberias-Sees als Reservoir für die im Bau befindlichen Elektrizitätswerke am Jordan der Spiegel des Sees durch Aufstauung zu bestimmten Zeiten um neun Fuß gehoben und zu anderen Zeiten in demselben Maß gesenkt werden würde. Der Minister wird gefragt, ob er geneigt sei, bei der Palästina-Regierung sofort dahin vorstellig zu werden, daß die Entweihung eines Sees, an den sich für alle Christen heilige Vorstellungen knüpfen, vermieden werde.

In einer schriftlichen Beantwortung dieser Anfrage führt Sir Philip Cunlife-Lister aus: Die der Palestine Electric Corporation 1926 erteilte Konzession gibt der Gesellschaft die Erlaubnis, den Tiberias-See als Reservoir für Wasseraufstauung zu benutzen; sie sieht vor, daß die Gesellschaft berechtigt sein soll, daß Wasser im Tiberias--See zu einem Maximalniveau aufzustauen und zu einem Minimalniveau zu senken. Die Lage beider Wasserstände ist durch Vereinbarung zwischen dem High Commissioner und der Gesellschaft festzusetzen. Information über die Auswirkung der Stauung auf die Höhe des Seespiegels liegt mir nicht vor. Ich werde hierüber Erkundigungen einziehen.

Die geplante Einkommensteuer in Palästina

London. Der Abgeordnete Curry fragte im Unterhaus den Minister für die Kolonien, wie es gegenwärtig um den Plan in Palästina die Einkommensteuer einzuführen, stehe, und ob der Minister geneigt sei, im Hinblick darauf, daß der vor kurzem im Mandatsgebiet Kenya unternommene Versuch der Einführung einer Einkommensteuer keinen Erfolg hatte, von ähnlichen Plänen in Palästina abzuraten.

In einer schriftlichen Antwort teilte der Kolonienminister Sir Philip Cunlife-Lister mit, daß sich die Palästinaregierung augenblicklich mit der Frage beschäftige, ob nicht die Einführung einer niedrigen Einkommensteuer, von der kleine Einkommen überhaupt befreit bleiben sollen, im Rahmen eines Planes zur Erleichterung der Steuerlast in Palästina angezeigt wäre. Mit der geplanten Einführung dieser Steuer sei nicht beabsichtigt, die allgemeine Steuerlast zu erhöhen, sondern diese besser zu verteilen. Im Februar sei eine Kommission palästinensischer Beamter, der ein Beamter des englischen Schatzamtes als Berater beigegeben wurde, zu dem Zwecke eingestzt worden, Gutachten über den Steuerplan der Regierung von den Handelskammern, von Vertretern größerer Industrie-Unternehmungen, der freien Berufe und anderer interessierter Kreise der Bevölkerung einzuholen. Zum Schluß erklärte der Minister, er hielte es für verfrüht, seine Meinung zu dieser Frage zu äußern, bevor die Kommission ihren Bericht erstattet und er die Vorschläge des High Commissioner erhalten habe.

Die Einreiseerlaubnis für Jabotinsky

Im Zusammenhang mit der von der Jüdischen Telegraphen-Agentur in der vorigen Woche verbreiteten Nachricht, wonach die Palästinaregierung auf eine Anfrage des Londoner Kolonialamtes in Form eines Telegramms des Oberkommissars die Antwort erteilt hat, sie habe nichts dagegen, daß Vladimir Jabotinsky das Einreisevisum nach Palästina erteilt werde, teilt die Exekutive der Weltunion der Zionisten-Revisionisten folgendes mit:

Vladimir Jabotinsky hat in keiner Weise um Erteilung eines Visums vorgesprochen oder vorsprechen lassen. Sein auch in der Presse veröffentlichter Brief an den englischen König stellt in keiner Weise eine persönliche Wendung dar. Dieser Brief enthält die Forderung nach Schaffung eines solchen Regimes in Palästina, das jedem Juden freie Einwanderung nach Palästina ermöglicht. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Brief Jabotinskys die Anfrage des Kolonialamtes und die Antwort des High Commissioners verursacht hat. Selbstverständlich verfolgt aber die Petitionsbewegung, die mit Jabotinskys Brief an den englischen König ihren Anfang genommen hat, ganz andere, weitaus umfassendere, allgemein nationale Ziele.

Die nun erteilte Einreisebewilligung ist natürlich als Kapitulation der palästinensischen Administration anzusehen, die bereits vor vier Jahren sich weigerte, dem Schöpfer der Jüdischen Legion, welche aktiven Anteil nahm an der Eroberung des Landes, eine Einreisebewilligung zu erteilen.

Es sei also noch einmal festgestellt, daß sich Jabotinsky nie um dieses persönliche Privileg bewarb. Der Sinn des Jabotinsky-Briefes ist, in Palästina ein solches Regime zu erkämpfen, daß die Einwanderung der Juden nach Palästina nicht von der Willkür der palästinensischen Administration abhängig sei.

Oberrabbiner Cook und Misrachi gegen Weltkonferenz für jüdisches Recht

Jerusalem, 23. April. Oberrabbiner Kook und die Exekutive des Misrachi-Verbandes haben einen Aufruf erlassen, in dem sie vor Beteiligung an der Weltkonferenz für jüdisches Recht, die am Sonntag, den 22. April, in Tel-Aviv eröffnet wurde, warnen. In dem Aufruf wird erklärt, daß die Veranstalter der Konferenz nicht berufen seien, die von ihnen angekündigten weitreichenden Pläne, wie den der Wiedererrichtung eines Sanhedrins als obersten Gerichtes des Judentums in Angriff zu nehmen.

An die Freunde unseres Blattes!

Über Wunsch der Exekutive der Weltunion der Zionisten-Revisionisten haben wir die Zeit vom 1. Mai bis 1. Juni zum Werbemonat für unser Organ „Der Judenstaat" bestimmt.

Unser Organ ist die einzige deutschsprachige Zeitung der revisionistischen Bewegung. Es ist in der heutigen Situation unbedingt notwendig, daß unsere Zeitung die weitestgehende Verbreitung findet. Unser Führer Vladimir Jabotinsky legt größten Wert darauf und erwartet die Mithilfe aller unserer Freunde.

Wir wollen den Werbemonat in der Weise organisieren, daß wir in jeder Stadt eine Vertrauensperson bestimmen, die im eigenen Wirkungskreis die Werbung von neuen Abonnenten durchführt. Die Werbung muß von Mann zu Mann erfolgen, mit dem Ziel, unseren derzeitigen Abonnentenstand zumindest zu verdoppeln.

Jede Gruppe, bzw. jeder einzelne Mitarbeiter erhält bei Einsendung von mindestens zehn neuen Abonnenten, bei gleichzeitiger Überweisung der Abonnementsgebühren, ein großes Bild unseres Führers Vladimir Jabotinsky, bei Werbung von 20 neuen Abonnenten ein Jahresabonnement unserer Zeitung gratis. Für je weitere zehn neue Abonnenten je ein Jahresabonnement.

Über Verlangen sind wir bereit, an uns aufgegebene Adressen Probenummern zu senden.

Die Administration

Zur Frage der Landespolitik

Die Situation der Juden Oesterreichs bringt es mit sich, daß der in der zionistischen Terminologie als Landespolitik bekannte Begriff, immer wieder umstritten, heute nahezu im Mittelpunkt des Interesses steht, so daß die Klärung des Begriffes selbst neuerlich versucht werden müßte.

Landespolitik setzt die Tatsache voraus, daß es Juden in der „Galuth" gibt. Es muß daher zunächst unsere Stellung zur Galuth untersucht werden. Diese Frage tritt jedem Juden in zweifacher Form entgegen: als subjektive und als objektive Galuth. Die subjektive Galuth, die Galuth des Seins, zu verneinen, ist unmöglich, denn sie besteht ja darin, daß dieses Subjekt, der Jude eben, außerhalb seines Heimatlandes Erez Israel leben muß. Die subjektive Galuth ist also zu bejahen, das heißt, ihre Existenz muß zugegeben werden. Womit aber nicht gesagt ist, daß ihr Bestehen nützlich und gut sei; es wird damit lediglich ein vorläufig unabänderlicher Zustand festgestellt. Anders die objektive Galuth. Diese (die Judenheit als Objekt von außen her betrachtet) muß selbstverständlich verneint werden: darin besteht ja die Grunderkenntnis des Zionismus. Pflicht jedes Zionisten ist es, dazu beizutragen, daß die Galuth als objektive soziologische Tatsache verschwinde, und zwar durch Ueberführung der Juden nach ihrem Heimatlande, wodurch ja das Bestehen der subjektiven Galuth automatisch aufhört. Die subjektive Galuth ist also eine Funktion der objektiven Galuth; diese wirkt auf die Judenheit, jene auf die Juden.

Der einzelne Jude, als Vertreter der Judenheit, empfindet die subjektive Galuth als etwas Unangenehmes, z. B. als Anfeindungen im täglichen Leben. Diese möglichst gering zu machen, ist sein Bestreben. Auf sein Drängen erläßt der Staat seines Wohnsitzes Schutzgesetze (Gleichberechtigung!), dem auf der anderen Seite das Verlangen der antisemitischen Bevölkerung nach Ausnahmegesetzen gegen die Juden gegenübersteht. Je nach der herrschenden politischen Doktrin und der ökonomischen Lage wird die Stellung der Juden im Staate festgelegt. Bald ist es die Gleichberechtigung, bald ist es die Ausnahmsstellung. Die Aufgabe einer Landespolitik ist die Herstellung eines für die Juden günstigen Gleichgewichtes.

Der Zionismus lehrt aber, wie schon erwähnt, die Unhaltbarkeit der Galuth. Es läßt sich nicht leugnen — und Versuche, es zu tun, sind unsinnig — daß zwischen der Aufgabe der jüdischen Landespolitik und der des Zionismus (die Umsiedlung möglichst vieler Juden nach Palästina) ein Widerspruch besteht. Ziel des Zionismus: die Zerstörung der Galuth, und Ziel der Landespolitik: das Leben in der Galuth möglichst angenehm zu machen, vereinen sich im Endresultat nicht. Wozu dies, wenn ich die Galuth zerstören will? Die Lösung dieses Problems liegt in der Transponierungsgeschwindigkeit. Wäre eine baldige und weitgehende Umsiedlung der Juden in ihr Heimatland möglich, es verlohnte sich nicht, Landespolitik zu betreiben. Im Verhältnis: Landespolitik zu Transponierungsgeschwindigkeit ist zu beachten, daß diese von jener gehemmt werden kann. Dies aber darf niemals geschehen. Aufgabe einer richtigen Landespolitik ist es, bei Förderung der Umsiedlung für die Judenheit eines Landes möglichst günstige staatspolitische Vorbedingungen beim Staat selbst zu erwirken und die Judenheit seelisch auf die Umsiedlung vorzubereiten. Alles hat immer unter dem Gedanken an den Primat des Aufbaues des Judenstaates zu geschehen.

Ist also, judenstaatspolitisch betrachtet, Landespolitik zu verneinen? Wie man sieht, nur im Hinblick auf die Absolutheit solchen politischen Wollens. Die Galuth ist für uns ein temporärer Zustand, Landespolitik die relative Manifestation für einen absoluten Zweck: Aufhebung der Galuth.

Das Gesagte bezieht sich natürlich nur auf die eine Seite der Landespolitik, die nach außenhin gewendete: die Politik gegenüber dem Staate des Wohnsitzes. Im wesentlichen gleich zwar, in der Methodik aber grundverschieden, hat sich die zionistische Haltung der nach innen gewendeten Seite einer Landespolitik zu äußern: in der zionistischen jüdischen Gemeindearbeit, der Arbeit in den Kehilloth. Darüber wird ein andermal zu sprechen sein.

Erich Deutsch-Tury.

Um die Vereinheitlichung des Rabbinats in Palästina

Frankfurt a. M. Die Exekutive der Agudas Jisroel-Weltorganisation hat an den High Commissioner in Palästina telegraphisch das Ersuchen gerichtet, den endgiltigen Abschluß der Verhandlungen um die Neugestaltung des palästinensischen Rabbinats um sechs Wochen zu verschieben, damit inzwischen der Rabbinische Rat der Agudas Jisroel-Weltorganisation Gelegenheit habe, zu dieser Angelegenheit, der die Aguda eine über Palästina hinausreichende Bedeutung beimißt, Stellung zu nehmen.

J. Schechtmann (Paris):

Streikseuche in Palästina

In der jüdischen Presse wurde schon oft und viel über den erbitterten und anarchischen Klassenkampf, der den Aufbau Palästinas bei lebendigem Leibe verschlingt, geschrieben. Aber geschrieben wurde darüber in einem pathetischen Stil und in ganz allgemeiner Form. Es ist deshalb, glaube ich, an der Zeit, diese wunde Frage im Lichte genauer und kontrollierter Ziffern und Tatsachen zu betrachten: festzustellen den tatsächlichen Umfang der Streikbewegung, ihren Charakter und ihre zersetzende Kraft. Mit diesem Fragenkomplex ist auch organisch die Frage der „Histadruth" und die Rolle, die sie spielt, verbunden.

Die sozialistische Histadruth hat das im Aufbaustadium befindliche Palästina in ein Land des erbittertsten Klassenkampfes verwandelt, und dieser Kampf ist in seiner Intensität sogar stärker als in vielen Staaten, die schon konsolidiert sind und über musterhaft organisierte Arbeiterorganisationen verfügen. Die Streiks und (in viel kleinerem Maße) die Aussperrungen, die mit ihnen verbunden sind, haben in Palästina einen Umfang erreicht, der in keinem Verhältnis zur Größe des Landes steht, zur Zahl der jüdischen Bevölkerung und zum jüdischen Aufbau.

Nach den Angaben von A. Gemirowski, des Leiters der statistischen Abteilung der Histadruth, ist das Ausmaß der Streikbewegung aus folgenden Tabellen zu ersehen:

Streiks und Aussperrungen in den Jahren 1921 bis 1927.

Jahr	Anzahl der Arbeitskonflikte	Beteiligte Arbeiter	Verlorene Arbeitstage
1921	9	233	3.775
1922	9	200	2.027
1923	21	576	6.705
1924	46	1585	24.665
1925	61	2688	33.802
1926	81	382	8.862
1927	20	567	13.469
	247	6231	93.305

Die Zahl der Streiks (ohne Aussperrungen) in den Jahren 1928 bis 1932.

Jahr	Streiks	Streikende	Verlorene Arbeitstage
1928	20	752	3.755
1929	44	673	8.666
1930	43	510	6.516
1931	55	680	7.375
1932	34	489	5.285
	196	3104	31.597

Insgesamt sind im Laufe von zwölf Jahren (1921 bis 1932) 443 Streiks und Aussperrungen vorgekommen. Beteiligt waren an ihnen 9335 Arbeiter. Der jüdischen Wirtschaft wurden aus diesem Anlaß 124.902 Arbeitstage entzogen. Die von der Histadruth proklamierten Streiks verursachten die größte Zahl verlorener Arbeitstage. Die Aussperrungen seitens der Unternehmen spielen eine kleinere Rolle. So wurde in den Jahren 1928 bis 1932 unter Beteiligung von 3104 Arbeitern 196mal gestreikt, wobei 31.597 Tage der Wirtschaft verlorengingen, während in den gleichen fünf Jahren nur 17 Aussperrungen vorgenommen wurden. Hievon wurden 524 Arbeiter betroffen und 7026 Arbeitstage verloren.

Laut der Streikanzahl nimmt Palästina unter anderen „kleineren Staaten" einen unverhältnismäßig hohen Platz ein. Hier seien vergleichende Tabellen einer Reihe von Staaten angeführt, für den ungefähr gleichen Zeitraum von vier bis fünf Jahren:

Land	Einwohner	Zeitraum	Streiks	Streikende	auf 1000 Einwohner
Belgien	7,666.055	1920—1924	621	141.150	18·4
Holland	7,298.043	1919—1924	380	50.967	7
Dänemark	3,267.831	1919—1924	163	27.748	8·8
Norwegen	2,649.831	1921—1924	58	61.168	23·09
Palästina	150.000*	1921—1925	146	5.282	35·2

* Es handelt sich um die jüdische Bevölkerung (nur ihr gegenüber verstehen sich die Zahlen bezüglich Streiks und Streikende), welche zu jener Zeit eher kleiner war als die hier angegebene Ziffer.

Sehr belehrend ist auch folgende Tabelle:

Land	Jahr	Arbeiter	Streikende	Streikende pro 1000 Arbeiter
Rumänien	1923	900.000	17.274	19
Schweiz	1922	600.000	12.064	20
Holland	1923	800.000	53.100	66
Belgien	1924	1,360.000	88.455	65
England	1923	8,800.000	397.000	38
Palästina	1924	12.000	1.585	83

Auf je tausend jüdische Einwohner Palästinas fallen anderthalbmal mehr Streikende als in Norwegen, fast zweimal mehr als in Belgien, und fast fünfmal mehr als in Holland! Auf tausend Arbeiter kommen in Palästina 132 Streikende, in Holland 66, in Belgien 65, in der Schweiz 20 usw.

Was die Anzahl der durch Streiks verlorenen Arbeitstage anlangt, ist die Ziffer 124.902 ohnehin riesig groß, obendrein für ein Land, das erst im Aufbau begriffen ist. Vergleichen wir sie überdies mit folgender Tabelle:

Durchschnittliche Anzahl der Arbeitstage, die durch Streiks, bzw. Aussperrung verlorengegangen sind:

Land	Verlorene Arbeitstage pro Arbeiter	Dasselbe pro organisiertem Arbeiter
England	2·0	6·7
Deutschland	1·4	1·0
Vereinigte Staaten	0·7	4·6
Belgien	0·6	1·9
Polen	0·5	3·5
Palästina	0·4	0·7
Tschechoslowakei	0·3	0·7
Oesterreich	0·3	0·6
Frankreich	0·3	2·5

Im Durchschnitt verliert der jüdische Arbeiter in Palästina wegen der Streiks und der Aussperrungen mehr an Arbeitszeit als die Arbeiter solcher hochentwickelter Industriestaaten wie Oesterreich, Tschechoslowakei und Frankreich. Dabei sind noch die Aussperrungen, die in anderen Ländern eine beträchtliche Rolle spielen, wobei plötzlich tausende Arbeiter hinausgeworfen werden, in Betracht zu ziehen. In Palästina ist die Zahl und das Ausmaß der Aussperrungen — wie wir bereits feststellten — relativ unbedeutend; fast der ganze Schaden, den die Arbeitszeitverluste der jüdischen Wirtschaft bringen, sind den Streiks, die von der Histadruth proklamiert wurden, zuzuschreiben. Die Histadruth ist stets die angreifende Partei.

Der Leiter der statistischen Abteilung der Histadruth teilt die 343 Streiks, deren Ursachen für die Zeit von 1921 bis 1931 bekannt sind, auf folgende Weise (ziemlich willkürlich) ein:

a) Verteidigungsstreiks:

1. Kampf gegen Verkleinerung der Arbeitslöhne 40
2. Kampf gegen unberechtigte Entlassung 55
3. Kampf wegen Nichtbezahlung von Löhnen 3
4. Beleidigung der Arbeiter, bzw. ihrer Organisationen, Boykott der Histadruth-Mitglieder bei Arbeitsverteilung 5
5. Kampf gegen Vertragsbruch seitens der Unternehmer . . 2

Zusammen . . . 146

b) Angriffsstreiks:

1. Kampf um Lohnerhöhungen . 68
2. Kampf um Anerkennung der Histadruth, für gerechte Arbeitsverteilung, Sicherung jüdischer Arbeit, Aufnahme organisierter Arbeiter 59
3. Kampf um Kürzung der Arbeitszeit und jährlichen Urlaub 23
4. Kampf um Erhöhung der Löhne und Kürzung der Arbeitszeit 7

Zusammen . . . 157

Hiezu kommen noch 40 Streiks aus anderen Ursachen.

Auf Grund dieser Angaben trugen also von den 343 Streiks für die Zeit von 1921 bis 1931 (für welche es ja genaue Angaben gibt) 146 Streiks einen „Verteidigungcharakter" und 157 einen „aggressiven Charakter". In diesem Kampf war auch die Histadruth ständig der stärkere Teil und gewann auch zum größten Teil die durch sie proklamierten Streiks. In der Zeit von 1921 bis 1931 verloren die Arbeiter nur 47 (13·4 Prozent) Streiks; 67 (19·1 Pro-

zent) endeten mit einem Kompromiß und 237 endeten mit dem vollen Siege der Streikenden.

Es wäre ein großer Fehler, anzunehmen, daß alle Streiks aus ökonomischen Gründen hervorgerufen wurden (Kampf um höheren Arbeitslohn, kürzere Arbeitszeit). In diesem Falle befinden sich die jüdischen Arbeiter Palästinas unter relativ guten Bedingungen: der Achtstundentag ist in der jüdischen Wirtschaft hundertprozentig durchgeführt und der Lohn ist durchschnittlich nicht niedriger, oft höher (1·50 bis 2·40 Pfund in der Woche) als in den größten mittel- und westeuropäischen Zentren, wie z. B. Paris (1·10 bis 2·40 Pfund in der Woche), Prag (1·08 bis 1·66 Pfund in der Woche), Wien (1·08 bis 2·36 Pfund in der Woche), Mailand (1·18 bis 2·61 Pfund in der Woche) usw. Hingegen gibt es unter den „Verteidigungsstreiks" nicht einen einzigen, der gegen Versuche der Unternehmer, die Arbeitszeit zu vergrößern, gerichtet wäre; lediglich 40 Streiks hatten den Zweck, die Herabsetzung der Löhne zu verhindern. Gänzlich unverhältnismäßig ist dagegen die Anzahl der Streiks, welche das Prestige der Histadruth und ihr Monopol auf dem Arbeitsmarkt wahren sollten. Die größte Anzahl an Streiks fand aus Anlaß des „Kampfes für Anerkennung der Histadruth, für gerechte Arbeitsverteilung und für die Einstellung organisierter (Histadruth-) Arbeiter" statt. Dazu kommen noch 53 Streiks wegen „Beleidigung der Arbeiter und ihrer Organisation (Histadruth) und Boykott der Histadruth-Mitglieder bei der Arbeitsverteilung". Von den ermittelten 343 Streiks wurden 119 durch die egoistische und monopolistische Politik der Histadruth hervorgerufen.

Es ist sehr schwer (und nicht einmal annähernd) festzustellen, wie groß der Verlust ist, den die jüdische nationale Wirtschaft in Palästina durch diese 125.000 Streik- und Aussperrungstage verloren hat. Eine kleine Vorstellung davon ergeben die folgenden Berechnungen:

Der Wochenlohn eines jüdischen Arbeiters in Palästina beträgt 1·50 bis 2·40 Pfund in der Woche bei sechstägiger Arbeitszeit. Das sind 0·25 bis 0·40 Pfund im Tag. Bei 125.000 verlorenen Arbeitstagen beträgt der Schaden, den die Arbeiter allein erlitten haben, ungefähr 31.000 bis 49.000 Pfund. Nach Berechnungen von Dr. Preis macht der Arbeitslohn durchschnittlich 12 bis 25 Prozent des gesamten Produktionswertes aus. Die Verluste machen somit im Zusammenhang mit den verlorenen 125.000 Arbeitstagen von 124.000 bis 258.000 bis 169.000 bis 408.000 Pfund aus.

Damit ist der Schaden, den die Streiks verursachten, selbstverständlich nicht erschöpft. Die oben angeführten Berechnungen beziehen sich ausschließlich auf die Industrie. Hier kann man jede Unterbrechung oder Störung der Arbeit in genauen Ziffern feststellen. Ein großer Teil der Streiks fand aber in den Kolonien statt, und gerade während der stärksten Ernte: der damit verbundene Schaden ist nicht abzuschätzen. Aber auch in der Industrie sind die Verluste schwer abzuschätzen, die das Resultat von Stillegung der Produktion auf längere Zeit sind. Viele Unternehmer haben auch aus diesen Gründen jede Lust (und oft auch jede Möglichkeit) verloren, ihre Unternehmungen weiterzuführen...

Palästinaamt wird belagert:

Jüdische Hilfskomitees in Paris ohne Mittel

Paris. Fast alle jüdischen Hilfskomitees in Paris sind der Mittel entblößt und den Aufgaben, die ihrer harren, nicht mehr gewachsen. Nicht nur das große Flüchtlingskomitee hat die Hilfeleistung auf ein Minimum eingeschränkt, sondern auch das Komitee für Hilfe an die Ostjuden verfügt über gar keine Barmittel mehr. Auch die Eingliederung der deutschen Flüchtlinge und der Ostjuden in die französischen Arbeits- und Wirtschaftsfronten stößt auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten, sodaß für die Massen jüdischer Flüchtlinge und der Ostjuden in Frankreich die Weiterwanderung nach Palästina die einzige Hoffnung bleibt. Demgemäß ist das Pariser Palästina-Amt ständig von Bewerbern um Zertifikate belagert. Tausende Gesuche liegen vor, während das Amt über wenige Dutzend Zertifikate verfügt. Etwa hundert jüdische Einwandererfamilien in Lille, Lens und Valenciennes sind von Ausweisung bedroht, und die Beschaffung von Palästinazertifikaten ist für sie eine Lebensnotwendigkeit. Jedoch waren bis jetzt alle Interventionen nach dieser Richtung erfolglos.

50%ige Fahrtermäßigung für Palästina-Wanderer durch Griechenland

Saloniki. Auf Intervention des Präsidenten der Zionistischen Organisation Griechenlands und früheren Senators Ascher Mallah hat das griechische Eisenbahnministerium eine 50%ige Ermäßigung der Bahnfahrten durch ganz Griechenland zum Hafen von Piräus für Palästina-Wanderer, und zwar für Gruppen von mindestens 25 Personen, verfügt. Auch die Seereise vom Piräus nach Palästina wurde um 50% verbilligt. Man erwartet, daß durch diese Maßnahmen ein großer Teil der jüdischen Emigration den Weg nach Palästina über die griechischen Häfen nehmen wird.

Petitionsarbeit in Wien

In den letzten Tagen hat die Petitionsarbeit mit großem Schwung eingesetzt. In allen Bezirken sind die Sprengelkomitees in voller Tätigkeit. Die Argumente der wenigen Gegner verschwinden vollkommen in der mächtigen Petitionsstimmung, die in Wien herrscht. Täglich erscheinen Juden aller Gesellschaftsschichten im Sekretariat, um die Unterschrift abzugeben. Weit über 30.000 Unterschriften sind bis heute registriert. Die Arbeit geht ununterbrochen weiter. Das Endergebnis wird eine Ziffer sein, wie sie eine jüdische Manifestation in Oesterreich noch nie aufgewiesen hat.

Aus Palästina

Etat Tel Avivs genehmigt

Die Palästinaregierung hat den ihr vorgelegten Haushaltsplan der Stadt Tel Aviv für das Verwaltungsjahr 1934/35, der städtischen Einnahmen in der Gesamthöhe von 20.000 Pfund vorsieht, genehmigt. Die Hälfte dieses Betrages soll aus Steuern und Lizenzgebühren eingehen, ein weiteres Viertel betrifft die Einnahmen aus der Wasserabgabe, der Rest verschiedene kleinere Einnahmequellen. Hierbei wird auch ein Beitrag der Palästinaregierung in der Höhe von 12.000 Pfund in Anschlag gebracht.

Die Einnahmen im neuen Verwaltungsjahr sind um 50.000 Pfund höher präliminiert als die Einnahmen des letzten Jahres. An Ausgaben sind für das neue Verwaltungsjahr über 90.000 Pfund vorgesehen. In diesem Betrag sind 27.000 Pfund inbegriffen, die die Stadt zur Rückzahlung alter Anleihen verwenden will, sowie die Ausgaben für das städtische Sanitäts- und Schulwesen.

Flughafen Tel Aviv

Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus erwiderte der Kolonienminister, daß das Problem eines neuen Zentralflughafens für Palästina, der günstiger als Gaza liegt, erwogen werde. Lebhafte Bemühungen im Lande gehen dahin, den neuen Flughafen in Tel-Aviv zu errichten, unter Umständen behelfsweise schon für den Anschluß der kommenden Levantemesse an den internationalen Flugverkehr.

Ein Vertreter Berlins bei Tel Avivs Feier

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde zu Berlin hat beschlossen, die an die Berliner Jüdischen Gemeinde wie an alle Jüüdischen Gemeinden der Welt ergangene Einladung der Stadtverwaltung Tel Aviv zur Teilnahme an den Feierlichkeiten anläßlich des 25jährigen Jubiläums dieser ersten rein jüdischen Stadt anzunehmen. Als offizieller Vertreter der Berliner Jüdischen Gemeinde begibt sich das Mitglied des Gemeindevorstands Dr. Aron Sandler nach Tel Aviv.

Motzkinstraße in Tel Aviv

Die Stadtverwaltung von Tel-Aviv beschloß, eine Straße nach Dr. Leo Motzkin zu benennen.

Die Zahl der jüdischen Arbeiter

Während 1932 die jüdische Arbeiterschaft Paläsitnas erst 40.000 Mann stark war, werden jetzt über 60.000 jüdische Arbeiter in Palästina gezählt. In Tel Aviv allein leben jetzt über 20.000 jüdische Arbeiter. Die Zahl der jüdischen Arbeiter in Jerusalem beträgt einschließlich derjenigen, die in den Werken am Toten Meer beschäftigt sind, rund 10.000. Ebenso groß ist die Zahl der jüdischen Arbeiter in Haifa bei Einrechnung der Arbeiterschaft der Zementfabrik »Nescher«. Im allgemeinen rechnet man, daß 60% der Arbeiterschaft in den Städten beschäftigt sind. Die Zahl der jüdischen Arbeiter in den Kolonien wird auf über 20.000 geschätzt.

Der in Palästina herrschende außerordentliche Arbeitermangel hat zu einem Zustrom von Landarbeitern in die Städte geführt. Besonders stark ist im letzten Jahr die Zahl der jüdischen Bauarbeiter gestiegen. Die Zahl der bei Bauarbeiten Beschäftigten ist um über 4000 höher als im vorigen Jahr.

Die Entwicklung in der Haifa-Bay

Die Entwicklung in der Haifabay nimmt einen beschleunigten Fortgang. Drei Fabriken sind fertiggestellt und arbeiten; sechs weitere sind im Bau, eine neue Chaussee wird von der Hauptstraße über die Dünen zum Meer gebaut. In Kirjat Chajim sind zahlreiche neue Häuser im Bau; 40 Parzellen wurden unter den Ansiedlern der »Schchunah Ole Germania« zur Verlosung gebracht.

Vergrößerung des Haifaer Hafens

Der High Commissioner hat die Ausgabe von weiteren 20.000 Pfund genehmigt; dieser Betrag wird zum Aufbau eines dritten Transitlagers in dem Zollgebiet des Hafens benutzt werden. So wird Lagerung und Verladen von Frachten, insbesondere die Verschiffung von Orangen erleichtert werden.

Die freiwilligen Arbeitstage in den Plantagen

Die tausend jüdischen Stadtarbeiter und die 600 jüdischen Schuljungen und Schulmädchen, die aufs Land gegangen sind, um die Einbringung der Ernte in den jüdischen Plantagen zu erleichtern, haben insgesamt 21.500 Arbeitstage geleistet. Wäre die Arbeitereinwanderung nach Palästina nicht eingeschränkt gewesen, so hätten über 1000 neue jüdische Arbeiter jetzt in den Plantagen und später bei anderen Erntearbeiten Arbeit finden können. Für die in den nächsten Tagen erwarteten 400 jüdischen Arbeiter, die auf Grund der neuen Schedule einwandern, sind bereits Arbeitsplätze beschafft worden.

Filiale der Skodawerke

Die Skoda-Werke, Prag, haben eine Vertretung in Haifa eröffnet. Das Verkaufsprogramm umfaßt vor allem: maschinelle Ausrüstung von Fabriken, speziell Zuckerraffinerien, Brauereien, chemische Fabriken, Kühlhäuser, Mühlen, Gaswerke; sodann Automobile und Lastwagen, Dieselmotoren, landwirtschaftliche Maschinen, Eisenbahnmaterial usw.

Tagung der Zahnärzte

In Tel Aviv wurde die dritte Jahreskonferenz der jüdischen Zahnärzte Palästinas abgehalten. An der Tagung nahmen über 150 Zahnärzte aus ganz Palästina teil. In mehrtägigen Beratungen wurden fachwissenschaftliche und organisatorische Fragen erörtert. Ein besonderes Gepräge erhielt die Tagung durch die Teilnahme bekannter jüdischer Zahnärzte aus Wien, die eine Reihe von Referaten über die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiet der Zahnheilkunde hielten.

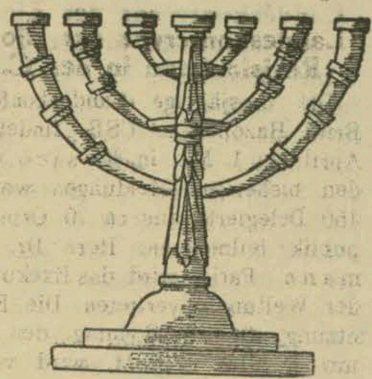
Beisetzung Motzkins auf dem Oelberg zu Jerusalem

Sämtliche Mitglieder der Palästina-Exekutive der Jewish Agency und eine riesige Menschenmenge fanden sich am 19. April am Kai des Hafens von Jaffa ein, um die sterblichen Reste des verstorbenen Präsidenten des Zionistischen Aktions-Comitees Leo Motzkin in Empfang zu nehmen. Die Beisetzung wird auf dem jüdischen Friedhofe auf dem Oelberge zu Jerusalem erfolgen. Trauerreden am Hafen hielten Rabbi Uziel, Rabbi Aronsohn, Bürgermeister Dizengoff, Suprasky und Dr. Mossinsohn. Der Trauerzug bewegte sich nach Kirjath Anawim, wo der Präsident des Jüdischen Nationalfonds M. M. Ussischkin eine Gedenkrede hielt. Gegen Mittag erreichte der Trauerzug Jerusalem. Der Sarg wurde in das Gebäude der Jewish Agency gebracht, wo etwa 2000 Personen versammelt waren. Trauerreden hielten hier der Präsident der Jewish Agency Nahum Sokolow und Dr. Yellin.

Berit Trumpeldor

„Beilage des Judenstaat“

Erscheint vierzehntägig | Nr. 14 | Herausgeber: Arjeh Köppel



Dr. Arjeh Köppel:

Das Wesen des Betar*

I.

Der Judenstaat, dem jüdischen Volke von Theodor Herzl als Ziel gesetzt, blieb lange Zeit hindurch bei den breitesten jüdischen Volksmassen bis in die obersten Spitzen hinauf ein leeres Wort. Und das nicht nur bei den nichtzionistischen Teilen des Volkes, sondern — was am merkwürdigsten zu sein scheint — auch bei der weitaus überwiegenden Anzahl der Zionisten selbst. Ohne nennenswerten und ohne anhaltenden Widerspruch zu erregen, wich der Gedanke des Judenstaates dem der „öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“. Es dauerte nicht lange und der — ursprünglich aus diplomatischen Rücksichten gewählte — Ausdruck, seinerseits wiederum durch den Gedanken des „geistigen nationalen Zentrums“ — und zwar in verballhornter Form Kohn-Weltscher Prägung — ersetzt wurde.

Man müßte sich nun wundern, wie es denn komme, daß der Gedanke des Judenstaates in solch kurzer Zeit eine Entwicklung durchmachen konnte, die nicht als Niedergang, sondern vielmehr als „Fortschritt“ von den verantwortlichen Männern, wie von den denkenden Köpfen im Zionismus empfunden und ausgegeben wurde, ohne bei der zionistischen Gefolgschaft auf heftigen Widerspruch zu stoßen. Und doch ist die Antwort hierauf ebenso einfach wie grundlegend: das jüdische Volk hatte darum das Herzlsche Gedankengut nicht übernommen, weil es ihm an der notwendigen Voraussetzung hiezu gefehlt hat, nämlich an Staatserlebnis. Weil es dem jüdischen Volke an Erlebnis des Staates mangelte, weil ihm das Erlebnis der Funktion des Staates im Leben der Völker fehlte, darum konnte es die — ein normales Staatsempfinden voraussetzende — Herzlsche Konzeption nicht übernehmen. Die Jahrhunderte der Galut haben beim Judentum eine seelische Lücke aufgerissen, die erst durch anhaltende Arbeit wettgemacht werden könnte. Das staatslose Denken des Judentums muß in ein staatserfülltes Denken überführt werden.

Einen Umschwung in der jüdischen Mentalität haben der Weltkrieg und die Nachkriegswirren mit sich gebracht. Beide zeigten dem Judentum durch eine „demonstratio ad oculus“, wie Staat geschaffen und umgebildet wird. Das russische Judentum lernt es im höllischen Tempo der Sowjets, das deutsche Judentum erfährt es am eigenen Leibe in der Schule des Nationalsozialismus, und auch das österreichische Judentum hatten die Februarereignisse dieses Jahres ein wenig Staatserlebnis gelehrt. Das Schicksal, so tragisch und grausam es mit dem einzelnen jüdischen Individuum umgeht, verfährt mit dem jüdischen Volke im ganzen genommen dennoch gütig, weil heilsam. Nach vielen Jahrhunderten der Staatslosigkeit lernt heute das Judentum — diese Lehre mit offenen Herzen in sich aufnehmend — wie man einen Staat, bzw. den Judenstaat schaffen müsse.

II.

Wenn auch das Judentum das Staatserlebnis in sich aufnimmt, so wird dieses dennoch nicht fruchtbar werden können, wenn sich nicht hiezu das Staatsdenken gesellt. Denn nur dadurch wird den irrationalen Gefühlen Ziel und Methode gesetzt, und auf diese Weise die dynamische Kraft gebändigt und gelenkt.

Das Staatsdenken nimmt seinen Weg von einer oder mehreren Persönlichkeiten über einen zuerst kleinen Kreis, um sich konzentrisch in weitere Kreise auszubreiten. Der kleinere Kreis, der zuerst das Staatsdenken am intensivsten pflegt, umfaßt diejenigen, bei denen auch das Staatserlebnis am stärksten ausgebildet ist. Dieser Kreis wird der staatstragende Menschenkreis genannt, weil er in seinem Denken und Handeln die Staatsidee gleichsam repräsentiert. Die Eigenschaften des staatstragenden Menschenkreises sind vor allem: Wehrhaftigkeit, Sinn für kollektives Handeln, daher Sinn für Disziplin und Autorität. Die Hauptaufgabe seiner Erziehung besteht nicht in der Mannigfaltigkeit geistiger Differenzierung, sondern in der Bildung eines Typus, einer typischen Haltung und Gesinnung, die den ganzen staatstragenden Kreis charakterisiert.

Es war für die zionistische Bewegung verhängnisvoll, daß sie diese Gesetzmäßigkeit in der Pflege der Judenstaatsidee nicht erkannt und daher auch nicht bewußt befolgt hatte. Heute hängt das Schicksal des Zionismus davon ab, ob innerhalb des Judentums ein staatstragender Menschenkreis sich bildet, der gleichsam eine Verkörperung der Judenstaatsidee, in seinem Erlebnis, in seinem Denken und in seinem Handeln sich ständig als Träger der Judenstaatsidee erweist.

Der Zionismus - Revisionismus erkannte das hier vorliegende grundlegende Problem und hat bewußt einen staatstragenden Menschenkreis geschaffen, der im Berit Trumpeldor sichtbar wird. Der Betar ist seinem tiefsten Wesen nach nichts anderes als der Träger der Idee des Judenstaates, der staatstragende Menschenkreis innerhalb des Judentums. Deshalb auch die starke Betonung des betarischen Monismus, deshalb die Pflege der Wehrhaftigkeit, deshalb das Hochhalten des disziplinären Verhaltens, deshalb die Bildung eines betarischen Typus („Neue Rasse“), deshalb autoritative Erziehung und autoritärer Aufbau der Organisation des Betar.

III.

Warum aber schlägt der Zionismus-Revisionismus bei der Bildung des staatstragenden Menschenkreises solch ein Tempo ein, warum die „Fäden der Kontinuität“ reißen, warum diesen Umbildungsprozeß nicht der „natürlichen Entwicklung“ überlassen? Predigt nicht der Zionismus-Revisionismus die Lehre von der „Ungeduld“ und hat er bereits die Wahrheit Achad-Haams vergessen?

Der Lehre Achad-Haams von der Kontinuität, Evolution und Geduld setzt der Revisionismus die Lehre vom „geschichtlichen Knotenpunkt“ entgegen, die eine beschränkte Evolutionstheorie in sich befaßt. Die Geschichte „entwickelt“ sich wohl evolutionär, „natürlich“, organisch, ohne Erschütterungen und viel „Lärm“. Doch in gewissen Punkten schlägt sie unter großer „Lärm“entfaltung in eine andere Qualität um. Diesen geschichtlichen Knotenpunkt nicht erfassen und nicht ausnützen heißt: die richtige geschichtliche Zeitstelle vorübergehen lassen, heißt das Volk um sein besseres Schicksal betrügen.

Wir beeilen uns mit der Bildung des staatstragenden Menschenkreises, wir brennen vor Ungeduld deshalb, weil wir erkannt haben, daß die jüdische Generation von heute sich in einem geschichtlichen Knotenpunkt des Judentums befindet und daß daher ihr Aufgaben obliegen, von denen frühere Generationen nicht einmal zu träumen wagten. Das Judentum von heute ist zu qualitativ anderen Leistungen berufen als das Judentum von gestern und vorgestern. Jetzt muß die Quantität: jüdische Mehrheit in Palästina, in eine andere Qualität: den Judenstaat, umschlagen; jetzt muß aus einem staatslosen Volke ein Staatsvolk werden; jetzt muß die Normalisierung des jüdischen Volkes erfolgen. Jetzt oder nie! Der Betar ist daher ein qualitativ unterschiedener Menschentypus innerhalb der Judenheit, weil er zu qualitativ neuen Leistungen berufen ist.

Den Knotenpunkt der jüdischen Geschichte der Gegenwart fest im Auge behaltend, der Labilität der Welt bewußt, wächst eine Generation im Judentum heran, deren einziges, erhabenes Ziel: ein freies Volk vermittelst eines jüdischen Staates ist. Ihr ganzes Sinnen und Trachten, jede Regung ihrer Seele, jede Aeußerung ihrer Vernunft, jede Handlung ihrer Persönlichkeit wird zutiefst von diesem Ziele geleitet und beeinflußt. Von diesem Ziel aus leitet der Betari die Kriterien seines Denkens und die Inhalte seiner Zuneigung. Sein Lebensschicksal ist durch das Schicksal des Judentums determiniert, und in der Hingabe an das große Werk besteht der alleinige Sinn seines Lebens. Das jüdische Volk blickt voll Vertrauen auf diese Jugend, stolz darauf, daß nach Jahrtausenden der Galut ein Geschlecht im Werden begriffen ist, welches alle Voraussetzungen in sich vereinigt, um die Ketten der Galut zu sprengen und die lange Sehnsucht, den tröstlichen Traum der Jahrhunderte zu verwirklichen: auf jüdischer Erde ein freies jüdisches Volk.

*) Vortrag, gehalten am 24. März 1934 bei der Eröffnungskundgebung des Landesverbandes der Zionisten-Revisionisten Oesterreichs.

Der Sinn der nationalen Gewerkschaft

„Im neuen Anfang liegt das Heil.“ Dieser Satz gehört zu den unerschütterlichsten und grundlegendsten Erkenntnissen des politischen Handelns, wie jeder auf längere Sicht arbeitenden „Realpolitik“. Und es ist ein Zeichen der Klarheit des Wollens der revisionistischen Bewegung wie auch ihrer Führer, daß sie diesem soziologischen Gesetze unerbittlich Rechnung getragen haben. Dadurch wird erst der Weg zur Realisierung der zionistischen Ziele frei.

Mit der Schwächung und, wie wir hoffen, Beiseiteschiebung des marxistischen Histadruth wird der soziale Friede ins Land einziehen. Die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit wird die Spannungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf ein erträgliches Minimum reduzieren. Der Judenstaatsmonismus wird alle ergreifen und den nationalen Rahmen für deren individuelles Handeln umreißen und bestimmen. Dadurch wird die politische Stoßkraft des Jischuw bedeutend gesteigert, der wie ein festgefügter Block seinen Gegnern und Feinden gegenüberstehen wird. Auf diese Weise wird auch die Expansionskraft der Jischuw vergrößert und die wirtschaftlich bedingte Möglichkeit zur erhöhten Immigration gesteigert.

Was uns aber am wichtigsten zu sein scheint, ist es, daß der Zionismus wieder zum politischen Faktor und zu einer politischen Bewegung wird. Er wird wiederum ein Machtfaktor werden im Gegensatz zur organisierten politischen Ohnmacht der marxistischen Histadruth und ihrer Filiale, der „Zionistischen Exekutive“. Und diese politische Ohnmacht ist — was zu erkennen von grundlegender Bedeutung ist — nicht ein zufälliges Ergebnis, sondern organisch im marxistischen Denken begründet.

Denn das Geheimnis des Niederganges des Marxismus und seiner geistigen Armut liegt in der von ihm geübten Art der Anwendung seiner „materialistischen Geschichtsauffassung“. Sie wurde nämlich nicht nur zur Wesenstheorie der Gesellschaft und zur wissenschaftlichen Methode erhoben, sondern auch als politische Erkenntnistheorie gebraucht und in die breitesten Kreise getragen. Man konnte sich im marxistischen Lager nicht genugtun, in jeder politischen Erscheinung, in jedem politischen Handeln in „letzter Linie“ das „wirtschaftliche Motiv“, „das materielle Interesse“ zu suchen, wobei man den anderen vorgegebenen Motiven lediglich ein Maskendasein, eine Verhüllungsform zubilligte. Nachdem aber wirtschaftliche Motive nur in „ideologischer“ Verhüllung gesellschaftliche Durchschlagskraft erhalten, war ein Niederreißen dieser Verhüllung bei der marxistischen Gefolgschaft, ein Handeln nach „reinen“, unverhüllten ökonomischen Interessen auf die Dauer gleichbedeutend mit der Schwächung des politischen Pathos der eigenen Anhänger.

Die Verkennung der für das politische Handeln der eigenen Gefolgschaft verhängnisvollen materialistischen Geschichtsauffassung ist die tragische Schuld der marxistischen Führer der Sozialdemokratie aller Länder. Hier liegt das Geheimnis des kampflosen Abtretens des Marxismus in Deutschland beschlossen, seines Versagens in Oesterreich und in allen anderen Staaten. Aber auch darin ist das Geheimnis der politischen Ohnmacht der Histadruth wie der organischen Unfähigkeit der marxistischen „zionistischen“ Exekutive beschlossen.

Die nationale Gewerkschaft unter der Führung des Zionismus-Revisionismus und des Betar wird diesem „Enthüllungswahn“ ein Ende bereiten und mit der dreisten, kindisch gehandhabten „Wissenschaftlichkeit“ Schluß machen. Der Wille zum nationalen Dasein bedarf keines Beweises, der Glaube an die nationale Zukunft keines Arguments und keiner „politischen Erkenntnistheorie“.

A. P.

Aus dem Betar C. S. R.

In einem Augenblick, da die gesamte jüdische Oeffentlichkeit eine gewaltige Demonstration der revisionistischen und betarischen Kräfte erwartet, tritt unser außerordentlicher Kinus arzi zusammen.

Folgendes wird das Programm des Kinus arzi sein:

1. Sonntag, den 29. April, 10 Uhr vormittags im Saal des Hotel Schalkhaz öffentlicher Misdar chagigi.

2. Sonntag, den 29. April, 1/2 12 Uhr: Abmarsch vom Hotel Schalkhaz, Marsch durch die Hauptstraßen Kosices zum Stefanik-Denkmal mit Musikkapelle und Fahnen, Kranzniederlegung, Ansprache und Defilee.

3. Führertagung: Im Laufe der drei Tage (29. April—1. Mai) werden die Sitzungen der Führertagung des tschechischen Betar stattfinden. Die genauen Zeiten werden an Ort und Stelle angegeben werden.

Teilnahmsberechtigt an dieser Tagung sind:

Mitglieder des Shilton, Netzivut Betar C. S. R., die Mefakde ha Gelilim, die Mefakde ha Kenanim.

Programm der Tagung: 1. Aktuelle organisatorische Fragen des Senif. 2. Zukünftige Arbeit. 3. Betariade. 4. Presse (Tel Chaj usw.). 5. Budgetfragen.

Landeskonferenz der Zionisten-Revisionisten in der C. S. R.

Die diesjährige Landeskonferenz des Brith Hazohar in CSR. findet vom 29. April bis 1. Mai in Kosice statt. Laut den bisherigen Meldungen werden über 150 Delegierte aus ca 70 Orten der Republik teilnehmen. Herr Dr. J. Hoffmann, Paris, wird das Exekutivkomitee der Weltunion vertreten. Die Eröffnungssitzung, die am Sonntag, den 29. April um 11 Uhr beginnt, wird vom Radio Kosice (kHz 1113 m 269.5) übertragen.

Tagesordnung:

Sonntag, den 29. April 1934 (öffentlich). 10 Uhr vormittags: Eröffnung des Kinus Arzi des csl. Betar. 11 Uhr vormittags: Eröffnung der Landeskonferenz, übertragen durch das Radio Kosice.

Programm der Eröffnungssitzung:

1.) Halelujah, gesungen vom Kosicer Gemeindechor. 2.) Eröffnungs- und Begrüßungsrede des Präsidenten des csl. Hazohar Hans Löw, Prag. 3.) Ansprache des Leiters des Hazohar für die Ostslowakei Dr .L. L. Gottesmann. 4.) Begrüßungen.

12 Uhr mittags: Umzug vom Konferenzgebäude zum Stefanikdenkmal mit Musikkapelle und Defilée des Betar. 15 Uhr nachmittags: 2. Sitzung (öffentlich). 5. Wahl des Präsidiums. 6. Wahl des Legitisationsausschusses. 7. Referat Dr. O. Kwasnik-Rabinovics, Prag: Die Lage im Zionismus. 8. Referat Dr. I. Hoffmann, Paris: Die Aufgaben des Hazohar. 9. Wahl der Kommissionen.

Montag, den 30. April 1934, 9 Uhr vormittags (interne Sitzung). 10. Die Lage des Hazohar in der C.S.R.: Prok. Arno Stampf, Prag. 11. Finanzbericht: Dir. Viktor Kohn, Prag. 12. Die Petitionsbewegung in der C.S.R.: Dr. M. Rubinstein, Prag, 13. Wege und Abwege der ökonomischen Abwehr: H. Z. Wachsmann, Paris. 14. Jugendreferat: Julius Groß, Bratislava. 15. Keren Tel Chaj: Bercsi Back, Bratislava. 16. Weref (noch unbesetzt). 14 Uhr: 17. Beginn der Generaldebatte. 18. Sitzung der Kommissionen. 21 Uhr: 19. Gesellige Zusammenkunft im Rahmen der Kosicer Gastgeber.

Dienstag, den 1. Mai 1934. 8 Uhr vormittags: 20. Sitzung der Kommissionen. 11 Uhr vormittags: 21. Schluß der Generaldebatte 22. Resolutionen. 23. Wahlen.

Jüdische Welt

Bundespräsident zeichnet Landesrabbiner Dr. Herzog aus

Der Bundespräsident von Oesterreich Prof. Miklas hat dem Universitätsprofessor Dr. David Herzog, Landesrabbiner für die Steiermark in Graz, der durch mehrere Jahre hindurch auch an der Prager deutschen Universität gewirkt hat, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Oesterreich verliehen.

Bundeskanzler Dollfuß über religiöse Toleranz

Wien. In Währing fand die Grundsteinlegung zu einem Erweiterungsbau der Pfarrkirche statt, an der auch Bundeskanzler Dollfuß teilnahm. Der Bundeskanzler sprach über die Bedeutung des religiösen Lebens und sagte u. a.:

»Als Katholiken sind wir allen, auch anderen religiösen Anschauungen gegenüber. tolerant, wie es die Vorschriften unserer Religion verlangen. Aber wir wollen, daß auch das katholische Leben von allen Seiten geachtet werde, ja, wir sind überzeugt, daß wir nach den Grundsätzen, nach denen unser Volk groß und stark geworden ist, zu einem Kulturvolk wurden, bei dem sich deutsches Volkstum und christlicher katholischer Glaube vermählt haben.«

General Smuts über Antisemitismus

Kapstadt. Am 18. April fand in Gegenwart zahlreicher Festgäste die Grundsteinlegung zur neuen Kapstädter Synagoge statt. Bei der Feier hielt der Justizminister und ehemalige Ministerpräsident von Südafrika General Smuts — Oberkommandierender der Südafrikanischen Truppen im Weltkriege und später Mitglied des britischen Reichskabinetts — eine Ansprache, in der er u. a. erklärte:

»Ich bin fest davon überzeugt, daß der Antisemitismus bei uns nicht erfolgreich sein wird. Solange ich Justizminister sein werde, wird es gleiches Recht für alle geben. Es wird in Südafrika nicht zu Zurücksetzungen und zur Errichtung eines Ghettos kommen. Den südafrikanischen Juden braucht es um ihre Zukunft nicht bange zu sein.« Zum Schluß gab General Smuts seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Entwicklung letzten Endes überall zu einer Rehablitierung der Juden führen werde.

Schwere Strafen gegen antisemitische Studenten in Polen

Warschau. Von drei Studenten, die vor kurzem eine Stinkbombe in ein jüdisches Geschäft in Posen geschleudert hatten, wurden einer zu zwei Jahren, die beiden anderen zu je 18 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung führte das Posener Gericht aus, die Härte der Strafe soll alle Studenten vor unüberletegten Demonstrationen gegen unschuldige Mitbürger warnen.

Die Gefahren des polnischen Antisemitismus

London. »Manchester Guardian« befaßt sich im Leitartikel mit der Gründung der »Jungen Front« der nationaldemokratischen Partei in Polen, weist darauf hin, daß sich die neue Organisation als polnische Nazi-Partei deklariert und warnt die polnische Regierung davor, diese Gründung auf die leichte Achsel zu nehmen Wenn, schreibt »Manchester Guardian«, die polnische Regierung dieser Front gegenüber die gleiche Festigkeit wie den Bauern und Sozialisten gegenüber zeigt, könnte sie der gefährlich um sich greifenden antisemitischen Hetze, die Polen in ein furchtbares Risiko bringt, Herr werden.

Antisemitische Eisenbahnexzesse in Rumänien

Czernowitz. »Czernowitzer Morgenblatt« berichtet, daß es in einem Waggon dritter Klasse des von Bukarest nach Czernowitz verkehrenden Schnellzuges zu schweren antisemitischen Excessen gekommen ist .Jugendliche Excedenten, die selber dem Fahrkartenkontrolleur erklärten, sie hätten keine Fahrkarten gelöst, forderten alle Mitreisenden auf, sich zu legitimieren. Die jüdischen Reisenden wurden verhöhnt und tätlich mißhandelt. Einer der Reisenden, der sehr zugerichtet wurde, ersuchte das Bahnpersonal um Hilfe, dieses wollte sich aber um die Sache üüberhaupt nicht kümmern. Erst in Pascani konnten die jüdischen Reisenden den Wagen verlassen. Auf der Fahrt Pascani—Czernowitz wiederholten sich in einem anderen Wagen dieselben Szenen. Auch hier wurden jüdische Reisende tätlich attackiert, wobei einer der Excedenten versuchte, einem Juden den Bart anzuzünden.

In der Stadt Radautz in der Bukowina wurde der Kaufmann Berl Schuler auf offener Straße von einem Trupp Hakenkreuzler, offenbar Studenten, schwer mißhandelt und gezwungen, »Es lebe Cuza!« zu rufen. Dann wurde Schuler mit Füßen getreten, wodurch er mehrfache schwere Verletzungen davontrug. Sein Zustand ist ernst.

Letzte Nachricht:

Eine Aktion des Oberrabbiners Cook

Jerusalem, 23. April (Telegramm des „Judenstaat") Die Stadt steht unter dem Eindruck des heute begonnenen Arlosoroff-Mordprozesses. In den Straßen ist die Aufregung, die die jüdischen Massen ergriffen hat, deutlich zu spüren. Die Straßen sind von Fußgängern überfüllt. Der Andrang vor dem Gerichtsgebäude ist ungeheuer. Die Sensation des Tages bildet ein Schritt, den der Oberrabbiner Palästinas, der hochangesehene greise Rabbi Cook, unternommen hat.

Oberrabbiner Cook hat nämlich persönlich alle Rabbiner Jerusalems und eine Reihe führender Persönlichkeiten der Stadt in seiner Wohnung versammelt und ihnen in erschütternden Worten die Qual geschildert, die die drei verhafteten Juden seit Monaten zu erdulden haben. Cook gab seiner felsenfesten Überzeugung Ausdruck, daß die heute mit der Todesstrafe bedrohten völlig unschuldig sind. Die Versammelten beschlossen, einen Appell an das Weltjudentum zu richten, in dem Hilfe für die Gefangenen gefordert wird.

Vladimir Jabotinsky in Polen.

Der Präsident der Weltunion der Zionisten-Revisionisten Vladimir Jabotinsky weilt gegenwärtig in Warschau. Er wird etwa sechs Wochen in Polen bleiben, um hier die revisionistische Petitionsbewegung zu leiten.

Jabotinsky empfing im Hotel Bristol die Vertreter der in- und der ausländischen Presse und entwickelte vor ihnen in einer zweistündigen Rede das zionistische Programm der Revisionisten und die Zwecke der Petitions-Aktion.

Jabotinsky, der seine Ausführungen in französischer Sprache hielt, gab zunächst einen Überblick über die Entstehung des Revisionismus, über sein Wesen und seine Ziele, um dann zu seinem eigentlichen Thema überzugehen, zur Bloßlegung der Gründe, die zur Petitionsbewegung geführt haben. Diese Rede wurde in fast allen Tageszeitungen Warschaus und in den großen polnischen Provinzblättern wiedergegeben, zum Teil auch lebhaft und günstig kommentiert. Die großen ausländischen Nachrichtenagenturen sandten ausführliche Telegramme ins Ausland.

Jabotinsky trat auch mit dem in Warschau anwesend gewesenen Flüchtlingskommissär des Völkerbundes James Mac Donald in Fühlung, und wurde von diesem mehrere Male zu Konferenzen eingeladen.

Die Petitionsbewegung in Polen, der in der Hauptsache die Anwesenheit Jabotinskys gilt, ist in vollem Gange und gestaltet sich zu einer unter der polnischen Judenheit noch nicht gekannten Massenbewegung.

Gesetz gegen Rassen- une Religionshaß in Canada

Winnipeg. Der Provinziallandtag von Manitoba hat auf Antrag des Abgeordneten Marcus Hyman einstimmig ein Amendement zum Gesetz gegen Verleumdung angenommen, durch das jedem Angehörigen einer Rasse oder eines Glaubens, die durch Veröffentlichung und Verbreitung verleumderischer Beschuldigungen angegriffen werden, das Recht eingeräumt wird, Klage gegen die Urheber dieser Angriffe zu erheben. Dem Beschluß des Provinziallandtags kommt im Hinblick darauf, daß durch ihn zum ersten Mal in Canada ein Gesetz zum Schutz gegen antisemitische Propaganda geschaffen wurde, besondere Bedeutung zu.

Nachrichten des Büros des Keren Tel-Hai

Erfreut können wir feststellen, daß unser Aufruf in der letzten Ausgabe des »Judenstaat« in allen Kreisen der jüdischen Bevölkerung die größte Begeisterung für die Aufgaben des Keren Tel-Chaj hervorgerufen hat. Gleich nach Erscheinen des Aufrufes kamen Freunde und Gesinnungsgenossen ins Büro um sich in den Dienst der Keren Tel-Chaj-Arbeit zu stellen. Nachfolgend bringen wir den Ausweis der in Wien bis zum Erscheinen dieser Nummer eingelangten Spenden. Wir müssen aber betonen, daß die Pessachaktion in Wien und in der Provinz noch nicht abgeschlossen ist, daß aber schon in der nächsten Nummer des »Judenstaat« die Ergebnisse dieser Aktion veröffentlicht werden. Anbei die aus eigener Initiative erfolgten Sammlungen und Spenden.

Büchsensammlung bei Betar-Werbeversammlung S 5.20, Frau Dr. Weisl 2.50, Büchsensammlung bei der Landeskonferenz 14.26, Annonym 50.—, Telefonablöse 1.96, Büchsensammlung bei Jabotinsky-Tonfilm 18.61, dto 5.74, dto 22.42, Tel-Chaj Fond-Taschen: Chanah Ungar 3.60, E. Godschläger —.65, H. Lieber 1.—, Chanah Ungar 3.60, A. Weißbart 1.50, Bogen Nr. 396 2.70, Bogen Nr. 416 2.40. zusammen S 136.14.

Wir werden die bis Mittwoch einlaufenden Spenden in der nächsten Nummer des »Judenstaat« ausweisen. Freunde und Gesinnungsgenossen, traget bei euch die in unserem Sekretariat erhältlichen Keren Tel-Chaj-Taschen. Bürostunden täglich außer Samstag in der Zeit von 4—8 Uhr, Wien, I., Adlerg. 4, Tel. R 23-0-04.

Grosses Preisausschreiben des Keren Tel Hai

Wir suchen für unser anfangs Juni stattfindendes Monstre-Gartenfest eine passende Devise. Beteiligen Sie sich daran! 100 Schilling sind zu gewinnen.

Wollen Sie berühmt werden? Bei unserem Gartenfest haben Sie dazu Gelegenheit. Die bunte Bühne steht Ihnen zur Verfügung. Zeigen Sie, was Sie können. Das Publikum wird die drei besten Talente bestimmen. Die Sieger erhalten schöne Geschenke, die anderen Trostpreise.

Akademischer Maler Fritz Zelezny hat sich in liebenswürdiger Weise für die dekorative Ausstattung zur Verfügung gestellt.

Wir teilen noch mit, daß erstklassige Künstler, sowie eine bekannte Kapelle bei dieser Veranstaltung mitwirken.

Die Gesamtdurchführung liegt in den Händen des Propaganda-Büros des Keren Tel Chaj, I., Adlergasse 4, Tel. R 23-0-04. Wir bitten Anfragen, Auskünfte und Vorschläge an obige Adresse zu richten.

Für „Stavsky und Genossen"

Ausweis »Judenstaat« Nr. 51

Sammlung in »Continental«, 12.25, Gebrüder Wild 25.—, Fischer, Lundenburg (C.S.R) 10.—, I. Wasser 1.50, M. A. Tenenblatt 5.—, Dr. H. Glanz 3.—, J. Scheib 1.—, Ing. G. Wolff, 3.—, Israel Bauer 5.—, Jacob Fischer 1.—.

Ausweis Nr. 51	Summe	S	66.75
Ausweis Nr. 49	Summe	S	564.60
		Kc	20.—
	Summe	S	631.75

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Landesverband der Zionisten - Revisionisten Oesterreichs,, Wien, I., Adlergasse 4, für den Inhalt verantwortlich Dr. Heinrich Glücker, Wien, 8., Lammgasse Nr. 10. — Druck: Appel & Co., Wien, IX., Liechtensteinstraße Nr. 21. Telephon Nr. A 16-1-14